

Demonstration gegen Kraftwerkspläne und Giftmüllverbrennung

Carsten Döhler berichtet aus
Brunsbüttel

„Weißen wir diesen neu gestalteten Rathausplatz mit unserem Protest gegen die geplanten Kohlekraftwerke, gegen das Müllheizkraftwerk und gegen australischen Giftmülltransport und Verbrennung in Brunsbüttel ein!“ forderte Kai Schwonberg von der Brunsbütteler Wählervereinigung der WIR (die Teilnehmer der Demonstration auf. Etliche hundert Teilnehmer aus Dithmarschen und Steinburg, besonders aus der Wilstermarsch, zum Teil auch aus anderen Orten wie Stade, die ebenfalls von Kraftwerksplänen betroffen sind, waren dem Aufruf „Rettet Brunsbüttel“ gefolgt und demonstrierten am Sonnabend in der Schleusenstadt. Vom Marktplatz zogen die Demonstranten, von einem Trecker angeführt, durch die Koogstraße

zum neuen Rathausplatz und schließlich zum Platz an der Brunsbüttler Schleuse. „Von der Südweststrom Kraftwerks GmbH wird behauptet, in Brunsbüttel sei der Bau von Kohlekraftwerken erwünscht und es gäbe keinerlei Widerstand. Mit derart naiven und falschen Aussagen versucht das süddeutsche Energieunternehmen, Skeptiker unter den eigenen Gesellschaftern mundtot zu machen,“ empört sich Dr. Jürgen Ruge von den Steinburger GRÜNEN. „Dieses unverschämte Vorgehen lassen wir uns nicht gefallen.“ Peter Marten, Pastor in Brunsbüttel machte seine Sorge deutlich, dass Brunsbüttel, das vor 300 Jahren noch woanders lag und wegen Bedrohung durch das Wasser verlegt werden musste, in weiteren 300 Jahren längst ganz verschwunden sein wird, versunken in den dank Klimawandel infolge

hemmungslosem CO₂-Ausstoß um mehr als 5 Meter steigenden Wassermassen. „Nun sagen einige: Immer schon hat sich das Klima der Erde verändert, das ist eben so. Also raten sie zum Bau von Kohlekraftwerken, damit der Schornstein richtig raucht und das Licht nicht ausgeht. Andere sagen: Lasst uns doch vorsichtshalber mal kein CO₂ emittieren, bis wir sicher sind, was uns erwartet. Das Licht geht auch so nicht aus, wir haben da enorm viele gute Ideen!“ Damit stellte Stephan Klose von der Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe BIGKU die Differenzen zwischen Kraftwerksbefürwortern wie Wirtschaftsminister Austermann, Brunsbüttels Bürgermeister Hansen, Investoren wie Süd-West-Strom, Elektrabel, Getec einerseits und Kritikern und Klimaschützern andererseits, her-

aus. „Wir sind nicht dagegen, dass Bayer Dampf bekommt, dass Haushalte und Industrie mit Strom versorgt werden, aber wir fordern das Wort der Herren Austermann und Arp, die bestverfügbare Filtertechnik versprochen haben, ein. Davon ist in den Antragsunterlagen von Süd-West-Strom und Co nichts zu finden. Im Gegenteil: Das Umweltbundesamt rechnet für die hier erwarteten 1.300 Tonnen Feinstaub pro Jahr mit Gesundheitsfolgekosten von 15 Millionen Euro – die sind doch nicht



„Kohle nur für bessere Alternativen“ - Dorothee Ottemeyer und andere sind aus Itzehoe zum Protest gekommen

für Tempotaschentücher gedacht!“ Die ungezügeltten Pläne zum Bau zahlreicher Kohlekraftwerke dienen ausschließlich dem Profit der Betreiber. Sie sind klimapolitisch nicht hinnehmbar sondern unverantwortlich und eine enorme Belastung für die betroffene Bevölkerung in der Umgebung der Standorte. So sehen es die Demonstranten. Besondere Gefahren wie Dioxinausstoß aus der Müllverbrennung bei Bayer, der größten Anlage in ganz Norddeutschland, und bedrohliche Giftstoffe bei Transport, Lagerung und Verbrennung australischen Giftmülls der SAVA in Brunsbüttel, befürchten sie und wehren sich dagegen. Unterstützung aus der Landes-



Protest vor dem Brunsbütteler Rathaus gegen Kraftwerkspläne

politik sagte der Vorsitzender der GRÜNEN Landtagsfraktion Karl-Martin Hentschel als abschließender Redner zu. Einige waren sämtliche Demonstrationsteilnehmer, ob betroffene Bürger, Vertreter von Verbänden, Initiativen und Parteien: Die geplanten Anlagen schaden der Umwelt und Gesundheit der Bevölkerung und müssen in dieser Form verhindert werden. Alternativen sind möglich. Die zugesagte Unterstützung der Politik, vom Versprechen des Wirtschaftsministers bis zur Aussage der Lokalpolitik wollen die Demonstranten dabei einfordern, auch bei der bevorstehenden Kommunalwahl.